

Angebotsaufforderung

Ausschreibung VB 24_023 – Ertüchtigung der Überfallmeldeanlage und Videoüberwachungsanlage für das Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow e.V. möchte im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung seine Überfallmeldeanlage (Los 1) und Videoüberwachungsanlage (Los 2) ertüchtigen lassen. Wir bitten Sie, uns über die Auftragsberatungsstelle Sachsen e. V. im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung gem. § 3 VOL/A ein Angebot auf eines der beiden Lose oder auf beide Lose jeweils ein Angebot einzureichen.

1. Vorbemerkungen

Sofern nachfolgend die Begriffe „Bieter“ oder in diesem Zusammenhang der Begriff „Unternehmen“ verwendet wird, gilt dieser gleichermaßen für Bietergemeinschaften und deren Mitglieder.

Sofern eine männliche Begriffsbezeichnung für die Bezeichnung von juristischen und/oder natürlichen Personen verwendet wird, so ist dies als Neutrum zu verstehen und gilt ausdrücklich geschlechterübergreifend. Dies gilt ausdrücklich und insbesondere für die Begriffe Bieter, Projektleiter und Mitarbeiter.

2. Kurzzusammenfassung – Gegenstand der Beauftragung

Das Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow (Dubnow-Institut) erforscht interdisziplinär und epochenübergreifend jüdische Lebenswelten im mittleren und östlichen Europa vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Das Dubnow-Institut betreibt sowohl eine Überfallmeldeanlage sowie eine Videoüberwachungsanlage. Beide Anlagen sind nicht mehr auf einem aktuellen Stand der Technik und müssen ertüchtigt werden, um die Betriebs- und Ausfallsicherheit nachhaltig zu verbessern. Bestandteil der Vergabe ist für beide Lose ebenso die Instandhaltung der Anlagen.

Leistungszeitraum:

Vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2036 (Grundvertragslaufzeit)

3. Vergabeverfahren

a) Allgemeines

Das vom Auftraggeber gewählte Verfahren ist eine öffentliche Ausschreibung gem. § 3 VOL/A. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Gleichbehandlung, Diskriminierungsfreiheit und Transparenz werden im gesamten Verfahren beachtet.

Die Projekt- und Verfahrenssprache ist Deutsch. Insbesondere das verbindliche Angebot sowie die komplette Dokumentation sowie alle weiteren Schriftstücke sind in deutscher Sprache abzufassen. Die gesamte Auftragsrealisierung (u. a. Korrespondenz, Besprechungen und Verhandlungen, Schulungen) muss in deutscher Sprache erfolgen. Dies gilt für alle Projektphasen.

Die **Anlagendokumentationen** (Anlagen 16 und 17 der Vergabeunterlagen) erhalten die Bieter per sicherem Download vom Auftraggeber durch Anzeigen Ihres berechtigten Interesses über die Vergabeplattform www.evergabe.de.

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen weitere Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

b) Fragen von Bietern und Wirtschaftsteilnehmern/Vor-Ort-Besichtigung

Sollten im Rahmen der Erstellung des Angebots/der Angebote aufgabenbezogene oder verfahrensbezogene Fragen entstehen, deren Beantwortung sich nicht aus diesen Unterlagen ergibt, so sind **Rückfragen bis spätestens 02.12.2024** ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform www.evergabe.de einzureichen.

Es ist unzulässig, Informationen über das Ausschreibungsverfahren oder anderweitige vertrauliche Informationen auf einem anderen Weg abzufordern und/oder zu erlangen.

Der Auftraggeber behält sich vor, Angebote von Bietern, die hiergegen verstoßen, auszuschließen.

Ausgenommen sind Informationen, die öffentlich zugänglich sind und allen Wirtschaftsteilnehmern durch den Auftraggeber zugänglich gemacht werden oder ohnehin allgemein zugänglich sind.

Im Interesse aller Bieter sollten Fragen unverzüglich gestellt werden. Es wird im Sinne einer zügigen Bearbeitung der Fragen und entsprechender Veröffentlichung darum gebeten, die Fragen neutral zu formulieren, soweit dies möglich ist.

Die vorhandenen Anlagen können bei Bedarf **vom 11.11.2024 bis zum 29.11.2024 besichtigt** werden. Bitte wenden Sie sich zwecks Terminvereinbarung an die IT-Mitarbeiterin des Dubnow-Instituts (0341-2173567 bzw. parchwitz@dubnow.de).

c) Einreichung der Angebote und Bindefrist

Es sind nur elektronische Angebote zugelassen.

Um die Anforderungen an ein elektronisches Angebot zu erfüllen, ist **zwingend** die **Abgabe** über die **Vergabeplattform** www.evergabe.de **erforderlich**.

Die elektronischen Angebote bzw. ggf. die Änderungen und Berichtigungen müssen **bis spätestens zum 09.12.2024 bis 13:30 Uhr (Ausschlussfrist)** bei der Vergabeplattform www.evergabe.de eingegangen sein.

Angebote, die **in anderer Form** (z. B. per E-Mail oder auf einem Datenträger) eingereicht werden, **werden nicht berücksichtigt** und vom Verfahren **zwingend ausgeschlossen**.

Ein nicht fristgerecht eingegangenes Angebot wird ausgeschlossen. Bis zum Ablauf dieser Frist können Angebote zurückgezogen werden.

Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei sein. Änderungen oder unzulässige Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Angebotsausschluss.

Die Bindefrist endet am **24.01.2024**.

d) Angebotsprüfung und Wertung

I. Formale Prüfung und Prüfung der Vollständigkeit der geforderten Nachweise, Erklärungen und Unterlagen

Das Angebot bzw. die Angebote inkl. aller einzureichender Unterlagen muss bzw. müssen in Deutsch abgefasst sein, die Preise, die geforderten Angaben und Erklärungen beinhalten und unterschrieben sein, andernfalls kann das Angebot bzw. können die Angebote ausgeschlossen werden.

Alle Angebote werden auf Vollständigkeit geprüft. Angebote, die die formalen Anforderungen nicht erfüllen und/oder die geforderten Erklärungen, Nachweise und Unterlagen nicht oder nicht vollständig enthalten, können ausgeschlossen werden.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

Der Auftraggeber behält sich, ohne hierzu verpflichtet zu sein, unter Einhaltung der Grundsätze von Transparenz und der Gleichbehandlung vor, den Bieter aufzufordern, fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht und das Recht des Auftraggebers zur Nachforderung begründet keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit des Angebotes. Hierfür bleibt allein der Bieter verantwortlich.

Des Weiteren erfolgt eine Prüfung, ob Änderungen an den Unterlagen des Auftraggebers durchgeführt wurden (Ausschlussgrund).

II. Prüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen

Anschließend wird geprüft, ob Ausschlussgründe vorliegen:

- Inhaltliche Prüfung der Unterlagen u. a. auf Widersprüchlichkeiten und Ausschlussverhalte.
- Änderungen an den Unterlagen des Auftraggebers führen zum Angebotsausschluss.
- Die Verwendung eigener AGBs stellt grundsätzlich eine unzulässige Änderung der Bedingungen der Vergabeunterlagen dar.
- Ggf. Prüfung der Angaben durch Forderung weiterer Nachweise und deren Prüfung.
- Widersprüchlichkeiten in den Unterlagen des Bieters.

III. Eignungsprüfung

Folgende **Unterlagen** sind mit der **Angebotsabgabe** zur Beurteilung der Eignung des Unternehmens vorzulegen:

- 1)** Rechtsverbindlich* gezeichnete Erklärungen nach § 123, 124 GWB, dass keine Ausschlussgründe vorliegen (Anlage A) in Textform oder Erklärung gleichen Inhalts
- 2)** Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister des Mitgliedsstaates, in dem der Bewerber ansässig ist (Kopie, max. 1 Jahr alt). Sofern das Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist und keine handelsrechtliche Eintragungspflicht besteht, ist die Kopie der Gewerbean- bzw. -ummeldung einzureichen. Sofern auch die Gewerbeanmeldung

entbehrlich ist, ist dies zu erklären. Die Abgabe des Teilnahmeantrages ist dann unter Angabe der Umsatzsteuernummer möglich.

- 3) Angaben zum Umsatz in den letzten drei Geschäftsjahren über vergleichbare Leistungen, die Gegenstand dieser Ausschreibung sind, das heißt, Videoüberwachungs-, Gefahren-, Einbruch- und Überfallmeldeanlagen.
 - 4) Angaben zu wesentlichen in den letzten fünf Geschäftsjahren erbrachten Leistungen (**Referenzen**) mit Angabe des Umfanges, des Umsatzes, der Leistungszeit, sowie der öffentlichen und privaten Auftraggeber (wenn möglich mit Ansprechpartner) auf dem Fachgebiet Gefahrenmelde- und Videoüberwachungsanlagen.
 - 5) Alternativ zu vorstehenden Forderungen (1–3, insofern diese durch die AVPQ-Eintragung abgedeckt werden) Abgabe der gültigen Eintragungsbescheinigung in das AV-PQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen)
- *) Die rechtsverbindliche Zeichnung ist von der Person zu leisten, die für den **Rechtsverkehr des Unternehmens** befugt ist. Im Allgemeinen ist die Vertretungsberechtigung im Handels-, Vereins- oder dem Genossenschaftsregister festgelegt und bezieht sich meistens auf die **Geschäftsführung** oder auf die mit **Prokura** ausgestatteten Personen **gemeinsam mit der Geschäftsführung**. Ist eine Eintragung im Handels-, Vereins- oder dem Genossenschaftsregister nicht erforderlich, ist die Gewerbeanmeldung/-ummeldung als Kopie dem Teilnahmeantrag/Angebot beizufügen. Die Vertretungsberechtigung ist durch **Vollmacht (in Kopie)** mit Abgabe des Teilnahmeantrages/Angebotes nachzuweisen. Bei berechtigtem Zweifel ist das Original auf Verlangen vorzuweisen.

IV. Bietergemeinschaften, Eignungsleihe und Nachunternehmer

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit ist für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft nachzuweisen, soweit zutreffend.

Bei Einbeziehung von Partnern und Nachunternehmen ist Art und Umfang des jeweiligen Leistungsanteils darzustellen. Die einzubeziehenden Unternehmen haben mit Angebotsabgabe neben der zwingend einzureichenden Verpflichtungserklärung in gleichem Umfang die geforderten Erklärungen, Referenzen und Nachweise einzureichen, soweit sie auf sie passen.

V. Bewertung der Angebote

Der Zuschlag wird auf das für das entsprechende Los wirtschaftlichste Angebot erteilt. Grundlage dafür ist eine Bewertung des Auftraggebers, ob und inwieweit die Angebote die vorgegebenen Eignungs- und Zuschlagskriterien erfüllen (siehe **Kriterien- und Bewertungskataloge**). Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, wobei der Preis mit 60 Prozent und die Leistung mit 40 Prozent gewichtet sind (genaue Bewertungsmethode siehe **Hinweise zu den Kriterien- und Bewertungskatalogen**).

4. Sonstiges

Für die Ausführung der Leistungen gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen der VOL/B und die Vergabeunterlagen einschließlich der Angebotsaufforderung.

Es gilt deutsches Recht. Gerichtsstand ist der für den Auftraggeber zuständige Sitz.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Petermann
(Verwaltungsleiterin Dubnow-Institut)

Anlagen

- 02 Leistungsbeschreibung
- 03 Kriterien- und Bewertungskatalog Los 1 ÜMA
- 04 Kriterien- und Bewertungskatalog Los 2 VÜA
- 05 Hinweise zu den Kriterien- und Bewertungskatalogen
- 06 Angebotspreisblatt Los 1 ÜMA
- 07 Angebotspreisblatt Los 2 VÜA
- 08 Auftragsdatenverarbeitungsvertrag Los 2 VÜA
- 09 EVB-IT-Systemvertrag-AGB
- 10 EVB-IT-Systemvertrag Los 1 ÜMA - Kauf
- 11 EVB-IT-Systemvertrag Los 1 ÜMA – Miete
- 12 EVB-IT-Systemvertrag Los 2 VÜA - Kauf
- 13 EVB-IT-Systemvertrag Los 2 VÜA – Miete
- 14 Anlage A Unbedenklichkeitserklärung
- 15 Checkliste für die Angebotsabgabe
- 16 Dokumentation ÜMA
- 17 Dokumentation VÜA
- 18 Anzeige des berechtigten Interesses